

**HINTERGRUND**

## Drei Plangebiete

Wo sollen sich künftig Windräder drehen? Darüber wird derzeit in Waldeck-Frankenberg und im benachbarten Westfalen heftig gestritten. Investoren wollen umweltfreundlichen Strom aus erneuerbaren Energien gewinnen und Atomkraft und Kohle überflüssig machen. Um „Wildwuchs“ zu verhindern, wollen Planungsbehörden Windvorrangflächen ausweisen, nur in denen sollen Investoren Windräder bauen dürfen. Gegen die jetzigen Pläne wenden sich Bürgerinitiativen und Kommunen, sie warnen vor den Folgen für Mensch und Umwelt.

- **Für Nordhessen** hat der Regionalausschuss wie berichtet im vorigen November einen überarbeiteten „Teilregionalplan Energie“ verabschiedet. Dieser zweite Entwurf liegt noch bis zum Freitag, 15. Mai, öffentlich aus, auch in den Verwaltungen von Kommunen und im Kreishaus. Die Pläne sind auch im Internet einsehbar, die Adressen:
  - [www.rp-kassel.de](http://www.rp-kassel.de) – Online-Beteiligungsverfahren Teilregionalplan Energie Nordhessen.
  - [www.buergerbeteiligung-hessen.de](http://www.buergerbeteiligung-hessen.de) – Teilregionalplan Nordhessen.
 Stellungnahmen können noch bis zum 29. April ans Kasseler Regierungspräsidium geschickt werden, auch online. Es hat weitere Informationen unter der Adresse [www.rp-kassel.de](http://www.rp-kassel.de) – Teilregionalplan Energie Nordhessen – zusammengestellt.
- **Die Bezirksregierung in Arnberg** hat darüber hinaus Planungen für Windvorrangflächen vorgelegt, die von Marsberg bis Wittgenstein zu Protesten geführt haben. Einwendungen mussten schon bis zum 22. Dezember eingereicht werden.
- **Die Stadt Marsberg** hat bislang nur „Potentialflächen“ für Windräder vorgestellt, die Frist für Stellungnahmen ist am vorigen Freitag abgelaufen.

# Widerstand gegen Windkraft wächst

Protest formiert sich vor allem im Norden des Landkreises: Hier sind die meisten Windräder geplant

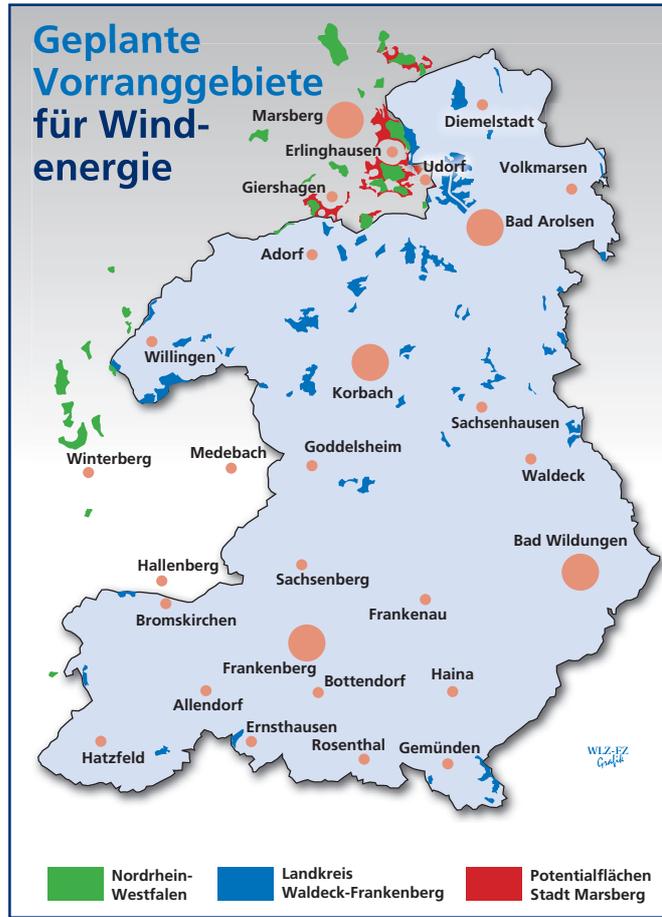
Sie sammeln Unterschriften, halten Schilder hoch und laden zu Informationsveranstaltungen ein: Immer mehr Waldeck-Frankenger wollen die Pläne für den Ausbau der Windenergie nicht einfach so hinnehmen.

VON LUTZ BENSELER UND DR. KARL SCHILLING

**Waldeck-Frankenberg.** Mit dem Boom der Windenergie wächst auch der Protest. Teile der Bevölkerung reagieren skeptisch bis ablehnend auf neue Windräder. In Waldeck-Frankenberg formiert sich der Protest vor allem im Norden des Landkreises: Der Entwurf des „Teilregionalplans Energie“ für Nordhessen sieht dort die meisten Vorrangflächen für Windkraftanlagen vor (siehe Hintergrund). Die Hauptkritikpunkte der Gegner: In den Augen der Initiativen verschandeln die Rotoren zunehmend Wälder und Hügellandschaften, Schall- und Lichtemissionen beeinträchtigen die Gesundheit der Anwohner, und der Arten- und Naturschutz ist in Gefahr.

„Ich habe den Eindruck, viele Bürger wissen nicht genau, was auf sie zukommt“, sagt Dr. Michael Stiehl. Der Mediziner war selbst von den Planungen überrascht worden: „Ich habe vergangenes Jahr in Rhena ein Haus gekauft und danach mit Schrecken festgestellt, der Ort soll mit Windrädern umstellt werden.“ Stiehl hat inzwischen eine Online-Petition gegen den Bau weiterer Windräder im Naturpark Diemelsee gestartet. 690 Unterstützer, davon 323 aus dem Regierungsbezirk Kassel, haben bis gestern unterzeichnet.

Stiehl steht nicht alleine da: Mit Argusaugen beobachtet etwa die „Bürgerinitiative für den Erhalt des Naturparks Diemelsee“ das Planungsverfahren des Regierungspräsidiums: Der Entwurf des Teilregionalplans



störung der Landschaft und lehnt deshalb insbesondere Windkraftanlagen im Wald ab.

So formiert sich etwa breiter Widerstand gegen die Ausweisung einer 287 Hektar großen Fläche am „Hohen Rade“. Das Areal zwischen Flechtendorf und Rhena kommt ins Spiel, falls das Wetterradar bei Flechtendorf verlegt wird. Dagegen sind neben den Bürgerinitiativen auch die Kommunen Korbach, Diemelsee, Willingen, Tourismusverbände, Naturschützer und der Naturpark Diemelsee.

Weiteres Ungemach sehen Bürger und Kommunen von westfälischer Seite auf Waldeck-Frankenberg zukommen: Die Bezirksregierung in Arnberg plant mehrere hundert neue Windräder direkt an der Grenze zum Landkreis. Zusätzlich hat die Stadt Marsberg weitere „Potentialflächen“ zusammengestellt, die aber noch näher überprüft werden sollen. Es handele sich nur um Flächen, „die sich grundsätzlich für Windkraft eignen“, sagt Helmut Löhning vom Bauamt, es seien keine „planerisch gewollten Konzentrationsflächen“ oder Windvorrangflächen.

Bis zum vorigen Freitag hatten Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit die Möglichkeit, Anregungen und Hinweise einzureichen. Es seien etwa 1000 Einwendungen eingegangen, sagt Löhning. Im nächsten Schritt würden die Flächen nach Auswertung der Rückmeldungen „deutlich eingegrenzt“.

Schon die jetzigen Planungen haben auf beiden Seiten Proteste ausgelöst, das „Regionale Bündnis Vernunftwende Marsberg & Waldecker Nachbarn“ moniert, die Flächen rücken bis zu 700 Meter an Dörfer heran – Hessen strebt einen Mindestabstand von 1000 Metern an, die Initiative fordert mindestens 1200 Meter. Außerdem drohten einzelne Dörfer komplett von Windrädern „umzingelt“ zu werden. Die Planungen nähmen „bislang keine Rücksicht auf Landschafts- und Artenschutz“.

## Rückmeldung aus Berlin steht aus

**Diemelsee-Flechtendorf.** Ein unscheinbarer Mast in der Nähe der kreiseigenen Abfalldeponie steht derzeit im Blickpunkt: das Wetterradar des Deutschen Wetterdienstes. Der Wiesbadener Investor ABO Wind will es an den Kellerwaldturm bei Jesberg verlegen. Dann könnten weitere Vorrangflächen für Windräder ausgewiesen werden, in denen auch die Firma bauen will.

Doch derzeit „ruht“ das Baugenehmigungsverfahren: Weil der neue Standort am Naturschutzgebiet „Hoher Keller“ liegt, müssen das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Naturschutz zustimmen. Bereits im Dezember habe ABO Wind alle Unterlagen nach Berlin geschickt, berichtet Pressesprecherin Jutta Koch. „Seitdem warten wir auf eine Rückmeldung – wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.“

Für die Baugenehmigung zuständig ist der Fachbereich Bau- und Baugenehmigung der Kreisverwaltung in Schwalm-Eder. Sie war trotz mehrfacher Nachfragen der WILZ-FZ nicht in der Lage, Auskunft zum Sachstand zu geben.

- Vier Gebiete im Kreis wären von der Verlegung betroffen:
  - Das Gebiet „Welsche Lied“ im Osten Lengfelds könnte auf 215,7 Hektar erweitert werden.
  - Im Süden Büninghausens könnten 28,8 Hektar neu ausgewiesen werden.
  - Am „Hohen Rade“ zwischen Rhena und Benkhausen wären es 287 Hektar.
  - Am „Hohen Pön“ im Süden Usselsens könnten 228 Hektar eine „Suchraumkulisse“ werden.

sei ein „schwerer Schlag für die Ferienregion Diemelsee/Willingen“. Vorsitzender Heinrich Hain erklärt: „Wir setzen uns dafür ein, angesichts des Übermaßes von Anlagen im Umfeld

und der Bedeutung des Naturparks für Naturschutz und Tourismus, diesen von Windkraftanlagen frei zu halten.“ In Korbach haben sich unterdessen im März die zehn Bürgerinitiativen

aus den Ortsteilen und der Kernstadt zusammengeschlossen: „Gemeinsam können wir mehr bewirken“, sagt Sprecher Harald Saure. Die neue Initiative befürchtet eine massive Zer-

# Von freudiger Erwartung bis strikter Ablehnung

Vorrangflächen für Windräder führen in vielen Kommunen des Kreises zu kontroversen Diskussionen



Windräder auf dem Höhenrücken zwischen Erlinghausen, Kohlgrund, Neudorf, Helmighausen und Hesperinghausen. Foto: Schullten

Kohlgrund und Rhoden bis zu 15 weitere Anlagen in einem Vorplanungsverfahren. Außerdem haben Helsler Landwirte zwei Windräder am Waldrand beantragt. Ob die Vorrangflächen bei Landau Bestand haben, steht noch in den Sternen.

● **Twistetal:** Die Gemeindevertreter haben den Plan am 16. März „zur Kenntnis genommen“. Er sieht für die Gemeinde nur zwei Änderungen vor.

● **Korbach:** Die Korbacher Stadtverordneten wollen am 12. Mai über eine Stellungnahme zum Planentwurf diskutieren.

Die Stadt favorisiert die „Marke“ bei Strothe als Vorranggebiet und lehnt weitere Flächen ab.

● **Willingen:** Laut Teilregionalplan sollen etwa sieben Prozent des Gemeindegebiets als Windvorrangflächen ausgewiesen werden, insgesamt rund 560 Hektar. „Wir haben erhebliche Probleme mit der in unserem Gemeindegebiet geplanten massiven Konzentration von Windkraftanlagen“, erklärt Bürgermeister Thomas Trachte.

● **Diemelsee:** Die Gemeindevertreter beraten am Freitag über ihre Stellungnahme zum

Teilregionalplan. Sieben Flächen sind fürs Gemeindegebiet vorgesehen. Auf drei von ihnen drehen sich bereits Windräder, ein weiteres soll verkleinert werden.

Dem stimmen die Diemelseer wohl zu. Zwei Gebiete sollen neu abgegrenzt werden – das will der Gemeindevorstand nur teilweise akzeptieren. Am „Hohen Rade“ wird abgelehnt. Problematisch sehen viele auch die Planungen der Westfalen, so befürchten Vasbecker eine „Einkreisung“ ihres Dorfes mit Windrädern. Derzeit bestehen 77 Anlagen in der Gemeinde.

● **Waldeck:** Die Ortsbeiräte der Stadtteile Dehringhausen, Sachsenhausen und Netze lehnten den Regionalplan ab, in erster Linie wegen der großen Zahl möglicher Windräder, teilte Bürgermeister Jörg Feldmann mit. Allein um Sachsenhausen und Höringhausen wäre der Bau von mehr als 30 „Energieriesen“ möglich. Besonders betroffen ist Höringhausen, wo rund um das Dorf Windräder zulässig sind. Dem Plan zugestimmt hat der Ortsbeirat in Freienhausen. Dort sind drei Anlagen zulässig. Zwischen der ersten und der zweiten Offenlegung des Regionalplans sei eine schier unüberschaubare Zahl an neuen Windvorrangflächen hinzugekommen,

kritisierte Jörg Feldmann.

● **Bromskirchen:** Die Kommune hofft, dass in ihrem Gemeindefeld östlich des Ferienhausgebietes „Auf dem Betten“ bald sieben Windräder entstehen. „Planer und Gemeinde sind optimistisch gestimmt, was die Umsetzung betrifft“, sagt Bürgermeister Karl-Friedrich Frese.

● **Battenberg:** Eine Fläche soll bei Dodenau ausgewiesen werden. Bürgermeister Christian Klein spricht sich dafür aus, dies zu unterstützen – die Stadtverordneten beraten am Donnerstag nächster Woche über die Magistratsvorlage. Für eine zweite Fläche bei Frohnhausen und Laissa fehlten noch Informationen, deshalb gebe es für sie vorläufig keine Festlegung.

● **Gemünden:** Die Wohnstadt wartet schon auf das Inkrafttreten des Teilregionalplanes: Ein Investor will mit Bürgerbeteiligung am „Graurück“ einen Windpark bauen, vier der geplanten Windräder gelten als unkritisch, sechs weitere Standorte werden noch geprüft.

Außerdem planen die Kommunen des kommunalen Servicebunds Eisenberg mit Diemelsee, Vöhl, Willingen, Korbach, Lichtenfels und Waldeck noch eine gemeinsame Stellungnahme. (es, sg, höh, tt, lb, gl)